

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT  
 eurionaldienst Mittel-/Osteuropa - ECE/UNO

rib/cog

Notiz

**Meinungsaustausch einer georgischen Wirtschaftsdelegation  
 mit Staatssekretär Franz Blankart**

**Geht an:** Schweizer. Botschaft Moskau  
 Herrn Staatssekretär Jakob Kellenberger  
 EDA, Polit. Sekretariat  
 EDA, Polit. Abt. 1

an WOK OR LA Bez Ko (a)

Datum 21.4 M Th VC

Visa Co M Th VC

EDA 16.04.92 18

Ref. p. B. 15. 21. Geo.  
 Copie: WOK

**Kopie an:** blf, ari, bal, lem  
 maz, dej, hed, any, rib

Am 06.04.1992 hat Staatssekretär Franz BLANKART (blf) die georgischen Minister Anzor TSCHLIKADSE (Industrie und Landwirtschaft), Staatsminister Wascha PANDSCHAKIDSE (Wirtschaft und Finanzen), Nikolai SCHARASCHENIDSE (Handel und Wirtschaft), den Sprecher des Aussenministeriums Guran GALUBRE sowie deren Berater Musa AKSOY zu einem Meinungsaustausch empfangen. Schweizerischerseits wohnten dem Gespräch Daniel WOKER (EDA) sowie der Unterzeichnete bei.

Einleitend wies blf darauf hin, dass die Schweiz Georgien völkerrechtlich anerkannt habe, dass zwischen den beiden Ländern seit vielen Jahren Beziehungen bestünden und dass diese nun wirtschaftlich und politisch ausgebaut werden sollten. In der Schweiz werde die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Georgien aufmerksam verfolgt, wozu auch der heutige Meinungsaustausch beitragen würde.

Tschlikadse (T) dankt für die Gesprächsmöglichkeit und erklärt, Georgien wolle in Kürze in der Schweiz eine Botschaft eröffnen. Jürgen GROHMANN, auf dessen Einladung sich die Delegation in der Schweiz befinde, werde ihnen auf Schloss Greng bei Kerzers Räumlichkeiten für eine Botschaft zur Verfügung stellen.

Der erste Teil des Gesprächs war politischen Fragen gewidmet, etwa den Wirren um den gestützten Präsidenten GAMSACHURDIA, dem Konflikt um Berg Karabach, Minderheitenfragen im Zusammenhang mit den Südosseten sowie dem Verhältnis Georgiens zu den GUS-Staaten. T meinte, für Gamsachurdia gebe es keinen Platz mehr in der georgischen Politik. Seine Anhänger würden heute versuchen, den friedlichen Aufbau zu stören. In Kürze werde dieses Problem aber aus der Welt geschafft sein. In Zusammenhang mit dem Konflikt um Berg Karabach sei Georgien um eine Vermittlerrolle angegangen worden. In Georgien würden seit alters her viele Völker friedlich zusammenleben, Kurden, Armenier, Aserbajdschaner und Juden. Die Südosseten, gab T zu verstehen, seien Brüder und georgische Staatsbürger. Kulturelle Autonomie werde diesem Volk unbedingt zugestanden.

Nach einhelliger Meinung der Delegation will Georgien auch künftig nicht Mitglied der GUS werden. An wirtschaftlichen Kontakten mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetu-

erledigt  
 29.4.92  
 VC

bitte rib  
 in Erinnerung rufen,  
 um auf Vertreten  
 zu gehen.  
 Bern, 15.04.1992



- 2 -

nion sei das Land aber durchaus interessiert. Diese sollten in Zukunft weitergeführt und vertieft werden. Blf erinnerte daran, dass man aus der Presse erfahre, dass zwischen den einzelnen Staaten **Handelshemmnisse** errichtet würden, was den wirtschaftlichen Kontakten nur abträglich sein könne. Dies sollte man unbedingt vermeiden. T erwiderte, Georgien werde seine Grenzen offen halten, auch wenn dies mit Problemen verbunden sei. Um wirtschaftlich selbständig zu werden, werde man eine **eigene Währung einführen**. Dies sei notwendig, da man heute von Rubel abhängig sei. Die neue Währung sollte von Anfang an konvertibel sein. Georgien hoffe dabei auf Unterstützung seitens des Auslandes, insbesondere durch jene Staaten, die Georgien bisher anerkannt hätten. Blf betonte, es sei von besonderer Wichtigkeit sei, dass eine neue Währung von Beginn weg konvertibel sei. Nach den Absichten in Bezug auf einen **Beitritt zu den Bretten Woods-Instituten** befragt, erklärte T, diesbezügliche Vorbereitungen seien bereits getroffen. Ende des **Monats werde Georgien voraussichtlich aufgenommen**. Blf gab zu verstehen, die Schweiz sei bisher noch nicht Mitglied, hoffe dies aber bald zu werden. Nach einem positiven Ausgang der Abstimmung von 17. Mai werde die Schweiz Verhandlungen zu den Abstimmungsgruppen aufnehmen. Was den Beitritt zu einer Ländergruppe betreffe, habe die Schweiz ihre Position noch nicht festgelegt, wäre aber daran interessiert, mit Georgien diesbezüglich in Kontakt zu bleiben.

Im zweiten Teil des Gesprächs wurde die **Wirtschaftsreform in Georgien** angesprochen. T bemerkte, zahlreiche Gesetze seien in Ausarbeitung. Mit der Privatisierung würde in Kürze begonnen. Bisher habe man ein Treuhandkommittee beauftragt, die Privatisierung vorzubereiten. Zur Zeit würde ein Katasterplan erstellt. Den Bauern würde 1 ha Land kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Damit der Reformprozess möglichst schnell erfolge, sei Georgien an ausländischen Investitionen interessiert.

In diesem Zusammenhang erinnerte blf daran, dass die Schweiz interessiert sei, mit der georgischen Regierung ein **Investitionsschutzabkommen** auszuhandeln. Dadurch würde eine wichtige Rahmenbedingung geschaffen, welche zur Förderung der Investitionsbereitschaft beitrage. Traditionellerweise seien Schweizer Investoren sehr vorsichtig, wenn sie aber einmal investiert hätten, würden sie an den gewählten Standorten bleiben. Verschiedene Schweizer Unternehmen wären gewiss daran interessiert, eine Tätigkeit in Georgien aufzunehmen, er denke dabei beispielsweise an den Nestlé-Konzern (Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten), die Maschinen-, die chemische und die pharmazeutische Industrie. Investitionen aus diesen Bereichen könnten dem Land nützlich sein. Besonderes Gewicht sei privaten Kontakten beizumessen. Ferner könnten auch **Kontakte zur EBRD** dem Land zum Nutzen gereichen. Im **Tourismusbereich** habe die Schweiz ein grosses Know-how und könnte sicher einen Beitrag zur Entwicklung Georgiens leisten. Wenn Tourismusprojekte sanft und umweltgerecht durchgeführt würden, habe Georgien ein grosses Potential, welches es in Zukunft fruchtbar einsetzen könne.

Am Schluss des Gesprächs lud T blf zu einem **offiziellen Besuch nach Georgien ein**. Ohne sich zeitlich festzulegen, nahm blf diese Einladung dankend an und fügte bei, die Unterzeichnung beispielsweise eines Investitionsschutzabkommens könnte dazu ein willkommener Anlass sein.

Nach dem Meinungsaustausch offerierte blf der georgischen Delegation ein Mittagessen.

*Leo Ribeli*

(i.V. Leo Ribeli)